

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark ohne Zusatz. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Kmt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Leipzig 12548.

Amtsblatt
für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Anzeigenpreise: Schlagzeile Korpuszelle 20 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pf. — Eingesandt und Reklamé 70 Pf.

Nr. 177

Dienstag den 5. August 1919

85. Jahrgang

Kinderfüße

Sind nach wie vor ablieferungspflichtig und zwar sind sie der für hiesigen Bezirk beim Fleischhersteller Buttler in Dippoldiswalde, Bahnhofstraße, eingerichteten Sammelstelle zuzuführen, dafern es bei günstigeren Transportverhältnissen nicht vorgezogen wird, sie unmittelbar bei der Fa. Einkauf und Bewertung von Fleischerei-Mehlprodukten und Mehlkassen e. G. m. b. H. Dresden-Friedrichstadt abzuliefern. Von jeder Ablieferung unmittelbar nach Dresden ist sofort dem Reichsausschuss für Oleo und Fette, Sekt. B. Kinderfüße, in Berlin R. W. 7 mittels Vordruckkarte Kenntnis zu geben.

Dippoldiswalde, am 25. Juli 1919.

Nr. 2116 a Mob. II. Die Amtshauptmannschaft.

Unter den Pferdebeständen der Gütsbesitzer

1. Otto Mühl in Cunnersdorf,
2. Nehn in Cunnersdorf,
3. Max Frenzel in Liebenau und
4. Wilhelm Grahl in Jöhnsbach

Ist die Rände ausgebrochen.

Erlöschen ist sie unter den Pferdebeständen

1. des Pferdehändlers Hugo Bleicher in Holzhau,
2. des Gütsbesitzers Benno Bleicher in Possendorf und
3. des Wirtschaftsbüchers und Pferdehändlers Ernst Röder in Hänichen.

Dippoldiswalde, am 2. August 1919.

874—877 G. 426, 429, 608 G.

Die Amtshauptmannschaft.

Offizielle Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Mittwoch den 6. August 1919 abends 7 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses
Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Brennspiritus-Märkte

an die bezugsberechtigten Einwohner mit den Anfangsbuchstaben F—H werden Dienstag den 5. August ab. 10. vormittags 11 Uhr im Rathause ausgegeben.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Kartoffelmarken,

sowohl sich noch im Besitz von Verbrauchern befinden, sind umgehend und spätestens bis zum 6. ds. Mts. gegen Erstattung der gezahlten Beiträge im Rathaus Zimmer Nr. 8 zurückzugeben. Nach diesem Zeitpunkte verlieren Sie Ihre Gültigkeit.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Hertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Die Landesstollette für den Kirchenerneuerungsbau in Höhburg, gesammelt am 2. Sonntag nach Trinitatis 1919, hat in hiesiger Ephorie 428 90 M. ergeben, als: Dippoldiswalde 46.—, Altenberg 12.—, Zinnwald 3.—, Bärenstein 10.—, Börnersdorf 10.—, Breitenau 6.—, Burkardsdorf 9.—, Dittersbach 7.—, Dittersdorf 5.—, Döbra 10.—, Frauenstein 14.—, Fürstenwalde 4.—, Fürstenau 5.40, Geising 12.—, Glashütte 10.—, Hartmannsdorf 6.—, Hennersdorf 5.—, Schönfeld 2.50, Hermsdorf 10.—, Hödenbach 8.—, Johnsbach 7.—, Kreischa 40.—, Lauenstein 5.—, Liebenau 5.—, Nassau 11.—, Oella 10.—, Possendorf 25.—, Preßnisdorf 29.50, Reichenberg 9.—, Reichstädt 8.—, Reinhardtsgrima 15.—, Ruppendorf 4.50, Sadisdorf 4.—, Schellerhau 15.—, Schmiedeberg 8.—, Ripsdorf 18.—, Seifersdorf 5.—, Oberhärenburg 15.— Mark.

Bezirkschulinspektor Oberhofrat Bang tritt demnächst in den Ruhestand, sein Nachfolger ist bereits ernannt. Bevor ersterer nach Dresden versetzt wurde, war er bekanntlich Bezirkschulinspektor in Dippoldiswalde.

Wie die Reichsgetreidestelle mitteilt, bleiben die bisherigen Nationen für die versorgungsberechtigte Bevölkerung und für die Selbstverorger bei Brotpreise bezw. Mehl vorläufig bis auf weiteres unverändert. Desgleichen kann auch der Kostentrag noch nicht herabgesetzt werden. Die Kostentration für Selbstverorger, die in der neuen Reichsgetreideordnung noch nicht festgelegt war, wurde durch das Reichsnährministerium nunmehr auf vorläufig 2 Kilogramm pro Kopf und Monat festgelegt.

Die Deckung des Bedarfs an Windedraht zum Preissen von Heu und Stroh hat häufig, wie von der Amtshauptmannschaft mitgeteilt wird, lediglich durch den freien Handel zu erfolgen, da die für die Beschaffung jenes Windemittels bei der Reichsfuttermittelliste erreichte Drahtstelle aufgehoben wurde.

Schmiedeberg. Um Freitag abend hielten die Angestellten aller Verbände des Industriebezirks Dippoldiswalde-Schmiedeberg im Saale des Jägerhauses Naundorf eine stattliche Versammlung ab. Als Referent gab Herr Nötziger vom Verband deutscher Handlungsgeschäfte zu Leipzig in klarer, überzähliglicher Weise ein Bild von dem Gang der Angestelltenbewegung vor und nach dem Kriege. Er beleuchtete die Errungenheiten, die in den wenigen Monaten

nach der Revolution teils durch die Angestelltenausschüsse, besonders aber mit dem Eintritt in Tarifverhandlungen erzielt worden sind. Von außerordentlicher Wichtigkeit sind die Zugeständnisse, die in der Frage des Arbeitseinstimmungsrechtes bei den jüngsten Verhandlungen in Dresden mit den Arbeitgebern der Metallindustrie erreicht wurden. Des Weiteren empfahl der Herr Redner den Zusammenschluß aller Verbände zu einer einzigen zentralen Arbeitsgemeinschaft, der jedwede politische Belästigung fern liegen möge, die vielmehr nur die Hebung der Standesinteressen verfolgt, sowie regte Werberechtlichkeit unter den noch bestehenden. Durch volle Gleichberechtigung der Frauenarbeit und ihrer gerechten Bezahlung will man einen Damm gegen billige Angebote und Ausnutzung weiblicher Arbeitskräfte errichten. Den großzügigen Ausführungen des Herrn Nötziger, denen die Versammlung mit hölzernem Interesse gefolgt war, sollte man allzeitigen Beifall. Hieraus leite eine lebhafte Debatte ein, die vom Zieldewuzsein der Angestellten zeugte. Es wurde im weiteren Verlauf der Beschlüsse gefaßt, zwecks Bildung einer zentralen Arbeitsgemeinschaft der Verbände in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde die Obmänner der verschiedenen Verbände zu beauftragen, in einer Zusammenkunft das Näherte in die Wege zu leiten. Zum Schlüsse nahmen die Unwesenden mit großer Stimmenmehrheit eine Entschließung an, wonach die Arbeitsgemeinschaft der Verbände in Dresden dringend aufzufordert wird, sofort in die neuen Tarifverhandlungen einzutreten, sie mit allem Nachdruck zu betreiben und einem schnellen Ende zu zu führen. Gleichzeitig wird darin die gestiegene Unzufriedenheit der Angestellten mit der eingetretene Verzögerung zum Ausdruck gebracht.

Altenberg. Die Erdarbeiten zum Ausbau der Unschlussbahnen von Geising nach Altenberg sind auf dem in der Nähe des Schülzenhauses gelegenen Bahnhofsgelände schon ziemlich weit gediehen. Die Planierung des sehr geräumigen und ebenen Platzes ist fast vollendet und eine umfassende Belebung im Bau. Am Nordrand des Geländes ist ein hoher Erdkörper errichtet als stürziger Wetterschutz gegen die Schneeverwehungen. Ein tiefer Graben längs des Dammes kann die Wässer abschöpfen. Der Bahnhofplatz besteht durchweg aus einer sehr starken Kieslage unter dem dünnen Wiesenboden. Infolge der Knappheit des Baumaterials können wahrscheinlich deutlich die Bahnhofsgebäude noch nicht in Angriff genommen werden. Die Fortführung der Erd-

arbeiten zum Ausbau der Strecke wird aber solange keinen Fortgang nehmen, als es die Witterungsverhältnisse erlauben.

Der Autobus Ripsdorf—Altenberg—Zinnwald verkehrt wieder, nachdem er sich von einem Schenkbau infolge Überlastung erholt hat. Die Inanspruchnahme der bekannten Personenverbindung ist zwischen Altenberg—Ripsdorf und umgekehrt besonders jetzt zur Ferienzeit eine außerordentlich starke, so daß der Wagen die Fahrgäste meist kaum zu fassen vermögt und die Säfte mindestens stehen müssen. Ein Anhängerwagen auf der genannten Strecke würde sehr angebracht sein — hoffentlich kommt er noch.

Seifersdorf. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparasse wurden im Monat Juni dieses Jahres 138 Einzahlungen im Betrage von 48 306 M. 34 Pf. gemacht, dagegen erfolgten 55 Rückzahlungen im Betrage von 42 599 Mark 52 Pf.

Rippsdorf. Bei uns haben einige Landwirte vergangene Woche mit dem Roggenschnitt begonnen und in dieser Woche werden jedenfalls die Erntearbeiten in vollem Umfange eingesetzt können, vorausgesetzt, daß das hierzu erforderliche Erntewetter eintritt.

Am Donnerstag abend unternahm unser vereinigter Männergesangsverein Union in ziemlicher Stärke und in Begleitung der Frauen der Mitglieder einen Sängerausflug nach Wendischcamburg. Im Reichschen Galhofe entwidmet sich bald ein höchstes Sängerkabinett, das, verschont durch wirkungsvoll vorgetragene Gesänge in harmonischer Stimmung verließ.

Wörnschen. An hiesiger Schule haben die 3½ wöchentlichen Sommerserien am 2. August begonnen.

Greizberg. In der hiesigen 182er Infanteriekaserne sind 25 000 Mark aus einem Geschäftszimmer spurlos verschwunden.

Neustadt i. Sa. Die Viehbeute, die am 10. Juli nachts von einer Wölfe im benachbarten Berthelsdorf zwei Kühe raubten, wurden in der böhmischen Grenzstadt Helmstädt ermittelt. Einer der Beleidigten entzog sich der Verhaftung durch Flucht. Das Vieh hat ein böhmischer Viehhändler gekauft.

Hohenstein-Ernstthal. Da in den hiesigen Webereien die Aufträge auf Papiergewebe zurückgehen, erfolgten weitere Rümdigungen von Arbeitern. Bislang waren bei einer Einwohnerzahl von 16 000 noch rund 1700 Arbeits-

lose vorhanden, doch dürfte diese Zahl durch die weitere Rundigung wieder rapid steigen.

Dresden. Mit dem 30. August hört der Grenzschuh an der ganzen östlichen Grenze Sachsen auf. Einige Teile des Grenzschuhs sind bereits ausgezogen.

Kreuz. Der Nord und das Verbrechen an dem jungen Mädchen im Walde bei Ullmannsgrün hat die Bevölkerung der ganzen Pflege in begeisternde Erregung versetzt. Als der Täterschaft dringend verdächtig erscheint der 1892 geborene, von hier geduldige verheiratete Handarbeiter Alfred Hübner, nach dem gesuchdet wird.

Bautzen. Reiche Zufuhren an Fleisch, Speck und Fett sind demnächst in Bautzen zu erwarten. Die fleisige Fleischherstellung hat beschlossen, bei einer Großfirma im Westen für rund 500 000 M. ausländische Fleisch- und Fettwaren zu bestellen. Man hofft, die begehrten Lebensmittel außerhalb der Nationalisierung abgeben zu können.

Letzte Nachrichten.

Die Ratifizierung.

Versailles, 1. August. Der Friedensausschuss der französischen Kammer ratifizierte gestern nachmittag den Friedensvertrag mit 35 gegen 1 Stimme des Abgeordneten Louis Martin bei 2 Stimmenthaltungen. Der Friedensausschuss besteht aus 60 Mitgliedern.

Bern, 2. August. Die Ratifizierung des Friedensvertrages durch das französische Parlament kann entgegen dem ursprünglichen Programm erst Anfang September erfolgen, da die französische Kammer in der nächsten Woche bis Anfang September verlagert wird.

Der Friedensausschuss der französischen Kammer hat den Friedensvertrag schon angenommen, so dass der Bestätigung durch das Plenum der Kammer kaum etwas im Wege standen hätte. Aber man will in Frankreich noch nicht ratifizieren, man will die Deutschen noch warten lassen, weil man so die Möglichkeit hat, unsere Gefangenen noch länger zu Prödiken zu gewinnen. Erwiderungen der Menschlichkeit gibt es für die Franzosen heute, nachdem der Friede abgeschlossen ist, offenbar so wenig wie während des Krieges. Der vernichtungswütige Hass ist derselbe geblieben. Es geht nicht, dass der ungeheure Friedensvertrag von Deutschland unterzeichnet wurde, unsere Gefangen sollen trotzdem noch weiter leiden. Sie werden das nicht vergessen und wir auch nicht.

Nationale Gerechtigkeit in Böhmen.

Von den 41 Gemeinden des Königlich böhmischen Bezirkles sind 34 deutsch und nur 7 Gemeinden (einschließlich der Stadt Königlich Böhmisches). Der Ausschuss der Bezirkverwaltungskommission legt sich dagegen aus 11 Tschechen und nur 5 Deutschen zusammen. So sieht die nationale Gleichberechtigung in Wirklichkeit aus! Mit den schönen Worten, die aus der Prager Nationalversammlung kommen, ist keinem Deutschen gedient. Der nationalistische Egoismus der Tschechen will von Gerechtigkeit, vor allem den Deutschen gegenüber, nichts wissen.

Die gestohlenen Rösser der Waffenstillstands-Kommission.

Frankfurt a. M., 2. August. Auf der Fahrt von Hamburg nach Frankfurt wurden zwei Mitgliedern der Waffenstillstands-Kommission im überfüllten D-Zug die Rösser, die sie zwei mitreisenden Soldaten zur Ausübung übergeben hatten, von diesen gestohlen. Die Rösser enthielten außer Formularen mit dem Stempel "Wa. No." (Waffenstillstands-Kommission) sehr wichtige Papiere über die Rücklieferung von Maschinen an Belgien und Frankreich.

Der Streit der Kaliarbeiter.

Halle, 4. August. Der von den Unabhängigen betriebene Generalstreik der Kaliarbeiter hat nach authentischer Feststellung bis Sonnabend in ganz Deutschland von 210 Kaliwerken insgesamt 15 stillgelegt.

Die deutschen Denkmäler.

Thorn, 4. August. Magistrat und Stadtverordnete sprachen sich gegen eine Entfernung der deutschen Denkmäler aus, da sie zu ihren polnischen Mitbürgern das Vertrauen haben, die Denkmäler vor der Zerstörungswut Janitscher Elemente zu schützen.

So sieht internationale Verbesserung aus.

Die "Times" melden: Der englische Hafenarbeiterverband hat auf Antrag seines Vorsitzenden einstimmig beschlossen, einen gewerkschaftlichen Vertrag mit deutschen und österreichischen Genossen nach Friedensschluß vorläufig nicht wieder aufzunehmen.

Große Wärternte in Amerika?

Kopenhagen, 2. August. Eine Meldung aus Washington besagt, dass eine bisher nie gefallene Höhe und Dürre der amerikanischen Ernte unermeßlichen Schaden zugefügt und den Ausfuhrüberschuss der Ernte für Europa fast vollkommen vernichtet habe. Besonders haben Weizen, Mais und Baumwolle gelitten. Der Preis für Mais sei jetzt auf einer bisher nie erreichten Höhe angelangt.

Es muss bestrebt werden, dass die Schäden der Dürre plötzlich solchen Umfang angenommen haben sollen, und man darf wohl die Vermutung äußern, dass die Spekulation diese Brüche zum mindesten stark übertrieben hat.

13 Schwefelsieferung an Italien. Zwischen den Holzhandelsverbänden und dem Zentralverein von Vereinen Deutscher Holzinteressenten ist nach mehrjährigen Verhandlungen zu Freiburg unter Teilnahme von deutschen und italienischen Regierungsvertretern ein Lieferungsvertrag auf Eisenbahnswellen abgeschlossen worden. Es handelt sich um eine mit Schluss dieses Jahres beendigte Lieferung von 50–100 000 Stück imprägnierten Eisenbahnschwellen und ungefähr 50 000 Stück rohen Eisenbahnschwellen. Der Preis ist in italienischer Währung gestellt, und die Bezahlung hat 14 Tage nach Passieren der deutschen Grenze an die deutsche Reichsbank zugunsten des Reichstals zu erfolgen, der seinerseits die deutschen Lieferer in deutscher Währung bezahlt.

Die Auslieferungsfrage.

Ruprecht von Bayern fordert den Staatsgerichtshof.

Der zurzeit im Auslande weilende fröhliche Kronprinz Ruprecht von Bayern, der nach den bisherigen Meldungen auch auf der von der Entente aufgestellten Auslieferungsliste stehen soll, erklärt in einem Schreiben an den Präsidenten des bayerischen Landtages, dass er sich einer Handlung gegen die Gebrüder und Freunde des Krieges nicht bewusst sei.

Sollte dennoch seine Auslieferung begegnet werden, so lege er hiermit feierlich Erwahrung ein, einen Gerichtshof anzuerkennen, in welchem der Richter zugleich der Richter ist und welcher in Wirtschaftlichkeit als Instrument zur Verteilung eines Nachbedürfnisses diene oder zur Ostentation der angeblichen reiner Kriegsmoral unserer bisherigen Gegner. Diese Friedensbedingung verleihe das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Staaten in einem wesentlichen Punkte. Ein Beweis, dass wieder einmal die mit einer Machtüberlegenheit gegebene Möglichkeit schwache Völker zu vergewaltigen, über eine internationale Rechtsidee gezeigt hat.

Er beweist nicht freiwillig einer solchen Tyrannie und wird unter keinen Umständen einer Aufforderung, vor einem außerdeutschen Gerichtshof Rede und Antwort zu stellen, gewillig Folge leisten.

Nachdem seine Erwartung über die Einsetzung eines deutschen Staatsgerichtshofes sich nicht mehr erfüllt habe erklärt sich der Prinz jedoch bereit, sich dem bayerischen Volk vor einem bayerischen Staatsgerichtshof zu stellen, weil die Wahrung des vollen Selbstbestimmungsrechtes und der damit verbundenen Souveränität des bayerischen Volkes ihm am Herzen liege. Sollte der bayerische Landtag für den Fall, dass seine Auslieferung an einen internationalen Gerichtshof verlangt werde, einem solchen Verlangen Rechnung tragen, so werde er sich diesem Beschede fügen und werde dann wenigstens der Verantwortung enthoben, durch sein persönliches Verhalten zur Missachtung der Souveränität des bayerischen Volkes beigetragen zu haben.

Die Verhandlungen in Versailles.

Neue Vorstellungen wegen unserer Kriegsgefangenen.

Wie erinnerlich ist im Friedensvertrag von der Heimbefreiung unserer Kriegsgefangenen erst nach Inkrafttreten des Friedens, also in heute noch nicht absehbare Zeit die Frist; allerdings wurde, wie aus der Note Clemenceaus vom 20. Mai hervorgeht, den Deutschen das Zugeständnis gemacht, dass die alliierten und assoziierten Mächte mit größter Bereitwilligkeit die Kommission, die die Heimbefreiung der Gefangenen regeln sollte, einsetzen würde, „sobald der Friede unterzeichnet ist“.

Dieses erste Versprechen ist bis zum heutigen Tage, also mehr als einem Monat nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, nicht eingehalten worden.

In der letzten Vollzusage des Organisationsausschusses der Wiedergutmachungskommission in Versailles, in der auf interalliiertem Seite Minister Jouhaux den Borsig führte, nahm der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Freiherr von Versner, daher Gelegenheit, die Ententegeungen nochmals zu bitten, endlich die Frage der Heimbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Angriff zu nehmen. Minister Jouhaux versprach, dem Ministerpräsidenten Clemenceau umgehend von dem Ersuchen des Präsidenten der deutschen Friedensdelegation Kenntnis zu geben.

Erz gegen Kohlen.

Bei den Besprechungen des Organisationsausschusses der Wiedergutmachungskommission mit den deutschen Bevollmächtigten für die Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages wurden u. a. die Kohlenfrage, die Frage der Viehlieferungen und die Frage des Wiederaufbaus erörtert. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die Kohlenfrage besteht bei den deutschen Bevollmächtigten der Eindruck, dass es unbedingt erforderlich ist, in Deutschland alles zu tun, um die Kohlenlieferung so stark wie nur irgend möglich zu steigern. Die Frage der künftigen Lieferung von Erzen und Minetten aus Voerde und Frankreich nach Deutschland wird von der möglichen Steigerung unserer Kohlenförderung abhängen. Gelingt es, unsere Kohlenförderung auf einen höheren Stand zu bringen, so dürfte nach Aussäumung der deutschen Bevollmächtigten damit zu rechnen sein, dass eine Unterbrechung in den Minettelieferungen nicht eintreten und sich eine Verständigung mit Frankreich bezüglich der Lieferung von Minetten für eine weitere Zukunft erzielen lässt.

Der Friedensvertrag der französischen Kammer sprach sich Ende August über die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme aus. Er erklärte auf Anfrage, dass Deutschland bereits begonnen habe, seine Verpflichtungen durch Lieferung von Material und Werten zu erfüllen.

Die deutschen Vertretungen im Auslande.

Der Oberste Rat nahm Kenntnis von der Note Versners, die besagt, dass Deutschland seinen Vertretern im Ausland neue Befreiungsbereichen nach Maßgabe der Anerkennung der Regierung Ebert durch die Staaten zustellen werde.

Die Ratifizierung des Vertrages in Frankreich.

Der Friedensausschuss der französischen Kammer ratifizierte den Friedensvertrag mit 35 Stimmen gegen eine Stimme und zwei Stimmenthaltungen. Der Friedensausschuss besteht aus 60 Mitgliedern. Die Ratifizierung des Vertrages in der Kammer dürfte spätestens Mitte August erfolgen.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Da man in deutschen Regierungskreisen damit rechnet, dass Frankreich und Japan den Friedensvertrag im August ratifizieren werden, und da erst nach der Unterschrift von drei Entente-Mächten der Vertrag seine Gültigkeit hat, würden alle in dem Vertrag festgelegten Fristen nunmehr von Mitte August an zu berechnen sein. Man erwartet dennoch, dass

die Informationskommission, die während der Volksabstimmung in Nordschleswig das Hoheitsrecht aussüben soll, gegen Ende August dort ankommen wird, und dass die Abstimmungen in der ersten und in der zweiten Zone etwa Anfang November beendet sein werden. Dann muss erst die neue Grenzlinie festgelegt werden, so dass man damit rechnen kann, dass die Übergabe der dänischstimenden Gebiete etwa am 1. Dezember erfolgt.

Die flüchtigen Kommunisten.

Die meisten der zurückgetretenen ungarischen Volkskommissare, unter ihnen auch Bela Kun, sind mit ihren Familien in Wien eingetroffen. Aus Wiener Neustadt wird gemeldet, dass Tibor Szamuely, der zahlreiche Erschießungen auf dem Gewissen hat und der blutige genannt wird, beim Überschreiten der Grenze angehalten worden sei und sich erschossen habe. Bei dem Beichnam seien 140 000 Kronen und ein gleich hoher Betrag in fremder Währung gefunden worden. Der österreichische Präsident Seitz hat Bela Kun und einige seiner Genossen das Asylrecht in Deutschösterreich zugestanden. Bela Kun wird in einem Internierungslager untergebracht werden.

Die Entente noch nicht zufrieden.

Ein hervorragendes Mitglied der Ententemission in Wien erklärte, dass sich die Entente mit der neuen Lage in Ungarn nicht zufrieden geben könne, da in der neu konstituierten Regierung großenteils Männer sitzen, die an dem kommunistischen Regime tätig waren. Das sozialistische Kabinett ist erst der Anfang der Entwicklung. Die Budapester und Szegediner Regierung werden in Verhandlungen eintreten, um ein Koalitionskabinett zu bilden.

Die Räteregierung hat seit ihrem Amtsantritt für sieben Milliarden Kronen Banknoten gedruckt.

Die Nummern halten.

Wie die ungarischen Blätter erfahren, erreichte der Befehl des Verbandes zur Einstellung der Offiziere das rumänische Truppenkommando, worauf die rumänische Armee die Bewegungen einstellte. Somit ist die Gefahr eines Einbruchs für die ungarische Hauptstadt beseitigt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 2. August 1919.

Der Entwurf zum Staatsgerichtshof ist beim Verfassungsausschuss der Nationalversammlung eingegangen.

Generalschiffmarschall v. Hindenburg wird sich nach einer Mitteilung des preußischen Abgeordneten Klemmern, nachdem er ins bürgerliche Leben zurückgetreten ist, der Deutschnationalen Volkspartei anschließen und in ihr eine führende Rolle übernehmen.

Einer kriegsministeriellen Verfügung zufolge sind wegen der Herauslegung der Heeresstärke alle Ausländer, auch die Deutsch-Oesterreicher, nach ordnungsmäßiger Ausbildung und Absindung aus der Reichswehr zu entlassen.

Die holländische Regierung beabsichtigt, Hochstpreise für Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs wieder einzuführen.

Die österreichische Antwort auf den Friedensvertragentwurf wird am Montag oder Dienstag überreicht werden.

Die Raumung Vitauens und Guratis geht planmäßig vorstatten. Die militärischen Behörden ziehen entsprechend den von Berlin erzielten Befehlen die deutschen Truppen allmählich zurück.

Baron v. Versner hat Clemenceau eine neue Note über die Steinkohlen- und Farbstofffrage überreicht. Der Führer der deutschen Abgeordneten in Versailles hat gleichfalls eine Note über die Versorgung Frankreichs mit Steinkohlen überreicht.

Der Gesandte v. Rosenberg hat die Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, die er auf Wunsch der Reichsregierung vorübergehend übernommen hatte, niedergelegt.

Der Staatssekretär hat die Anlegung eines Zoll- und Schutzgebiets und Freihafens in Flensburg beschlossen.

Abstempelung des Papiergebotes nur unter Aufsicht der Entente. Die "Times" melden aus Paris, die Wirtschaftskommission des Unterhauses verlängerte Valsot, dass eine Abstempelung der deutschen Wertpapiere und Banknoten nur unter Aufsicht und Kontrolle der Entente erfolgen dürfe, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen gegenüber den Alliierten einwandfrei festzustellen.

Beratungen über die Erhöhung der Kohlenförderung. Der Ministerpräsident Bauer hat für den nächsten Mittwoch Vertreter der drei Bergarbeiterverbände, Vertreter der Gewerkschaftszentrale und Vertreter der Centralstelle der Angestelltenorganisationen des Rheinisch-Westfälischen Bergbauverbandes und der oberhessischen Bergbau nach Berlin eingeladen, um mit ihnen über Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung zu verhandeln.

Ein Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Im preußischen Staatsministerium ist ein Staatskommissariat für öffentliche Ordnung geschaffen worden. An der Spitze steht der Geheimrat Regierungsrat v. Berger, zu seinen Mitarbeitern gehören u. a. Bürgermeister Dr. Schwarz und Rechtsanwalt Dr. Nordenberg. Es handelt sich um die Schaffung einer Zentralstelle zur Überwachung aller Bestrafungen, die darauf abzielen, die öffentliche Ordnung zu stören.

Gegen die Anwendung terroristischer Kampfmittel durch die industrielle Arbeiterschaft, insbesondere gegen die widerrechtliche Absehung leitender industrieller Beamten hat der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in einer Eingabe an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden Einspruch erhoben und die Regierung aufgefordert, mit allem Nachdruck zu verhindern, dass einzelne Bevölkerungsgruppen die wirtschaftliche Leistung unserer Betriebe vorübergehend vermindern oder sogar gänzlich lahmlegen, um eine Förderung ihrer Sonderinteressen zu erzielen.

Ein Schallkompromiss in Bayern. Die außerordentlich wichtige Frage der Konfessions- und der Gymnasialschule in Bayern ist nunmehr, wie der "Täglichen Rundschau" aus Bamberg mitgeteilt wird, auf Grund folgender Richtlinien erledigt worden: 1) In

den Städten mit über 15 000 Einwohnern wird auf Grund der Anmeldung der Schüler bzw. der Klasseneinschreibungen am Ende des Schuljahres (statt wie bisher am Anfang des Schuljahres) der Willensentscheid der Erziehungsberechtigten und dann provisorisch die Anzahl der konfessions- und der Simultanschulen festgestellt. In den Städten, in denen bisher nur Simultanschulen bestanden (z. B. in Fürc), bleiben nur Simultanschulen. 2) In den Orten mit weniger als 15 000 Einwohnern wird durch geheime Wahl die Entscheidung herbeigeführt, ob in den Orten Simultanschulen oder Konfessionschulen einzurichten sind. Die einfache Mehrheit ist die Grundlage für den Entscheid. Die Abstimmung kann auf Antrag nach einer Reihe von Jahren wiederholt werden.

Der Staub der deutschen Schiffe.

Noch einer Reutermeldung aus London hat Sir Owen Philips im Unterhause gestattet, ob die Übertragung der Schiffe „Johann Heinrich Vuyard“ und „William Oswald“ von der Hamburg-American-Linie an den ngl. holländischen Lloyd in Übereinstimmung zu bringen sei mit der vor kurzem getroffenen Regelung, wonach die britische Regierung keine Übertragung feindlicher Schiffe an Neutralen anerkennen werde. Oberst Wilson, welcher den Schiffahrtskontrolleur vertrat, antwortete, daß, wie der holländischen Regierung mitgeteilt worden sei, England den Verlauf der beiden genannten Schiffe im Februar dieses Jahres nicht anerkennen könne. Die deutsche Regierung hat den Auftrag erhalten, die beiden Schiffe nach den Vereinigten Königreichen zu senden und an die englische Regierung abzuliefern.

Prinz Max von Baden antwortet.

Wie das „Heidelberger Tageblatt“ erfährt, hat Prinz Max von Baden entschlossen, auf die vielen Angriffe von konservativer Seite zu antworten. Seine Erwiderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Angriffe auf seine Person, die aus der Zeit während seines Reichsministeriums vor Herbeiführung des Waffenstillstandes und vor Abdankung des Kaisers herrührten. Die Veröffentlichung wird dieser Tage erscheinen.

Von 1. Oktober alle Kriegsgefangenen zurückgeleert.

Der italienische Vertreter der „Baseler Nationalzeitung“ erzählt, daß bis 1. Oktober der Rücktransport sämtlicher Kriegsgefangenen aus allen Verbundstaaten beendet sein werde.

Die Finanzsorgen in Frankreich.

Der französische Staatshaushalt weist einen Fehlbetrag von 8 800 000 000 Franken auf, welcher durch Anleihen gedeckt werden soll. Ende des Jahres wird Frankreich 220 Milliarden Schulden und einen Staatshaushalt von 25 Milliarden bei fast 18 Milliarden Fehlbetrag haben.

Generalstreik der Londoner Bäder.

Die Londoner Berichterstatter der italienischen Blätter schildern die Streitlage in England als sehr ernst. Die „Times“ hält die Zeit für gekommen, zu einem schnellen und mutigen Eingreifen der Regierung. Nach „Corriere della Sera“ liegt die größte Bedrohung im Ausgang des vom sogenannten Arbeiterdreibund veranstalteten Referendums über die Frage der Beamtung eines politischen Generalstreiks. Der Streit der Kohlenminenarbeiter breite sich immer weiter aus. Jeden Tag legen weitere Behnauende die Arbeit nieder. Laut „Secolo“ steht der sofortige Ausbruch des seit langem befürchteten Generalstreiks der Londoner Bäder bevor. Sie verlangen die Abschaffung der Nachtarbeit und einen wöchentlichen Mindestlohn von vier Sterling. Die Bädermeister verweisen die Forderungen entschieden.

Der Umschwung in Budapest.

In Budapest wurde der Rücktritt Bela Kun überall mit grossem Jubel aufgenommen. Die ungarische Nationalhymne wurde gespielt und begeistert gesungen. Viele Häuser hissten die Nationalflagge. Die bisherigen Volksbeauftragten sandten ihre Familien nach Deutsch-Oesterreich. Neben das weitere Schiff Bela Kun und seiner Genossen wird die Entente entscheiden. — Es ist der ungarischen Räteregierung nicht gelungen, große Posten von Wertpapieren wegzuholen. Das Vermögen der Banken wie auch der Privatgeschäfte dürfte gerettet sein.

Auf Befehl der Wiener Ententeaktion wurde ein italienischer Offizier zu den rumänischen Truppen entsendet, der ihnen die Aufforderung mitteilte, den Marsch einzustellen. Das Vordringen der rumänischen Truppen wurde hierauf am Sonnabend eingestellt.

Zum „Neuen Wiener Tageblatt“ aufgeführte erklärte ein hervorragendes Mitglied der Ententemission in Wien, daß sich die Entente mit der neuen Lage in Ungarn nicht zufrieden geben könne, da in der neu konstituierten Regierung grundsätzlich Männer sitzen, die an dem kommunistischen Regime aktiven Anteil hatten.

Wie dasselbe Blatt weiter berichtet, seien für die Familienangehörigen der zurückgekehrten ungarischen Volksbeauftragten Einreiseanträge bewilligt worden. Die Volksbeauftragten selbst, insbesondere Kun und Szamuely, dürfen durch die Entente in das Ausland gebracht werden.

Zusammenkunft Toretos mit Clemenceau?

Dorten ist in Begleitung französischer Offiziere und drei Persönlichkeiten seines „Kabinetts“ nach Nachen gegangen. Wenn er die Gewissheit erhält, daß die Volksabstimmung am Niederrhein sich für die rheinische Republik ausspricht, wird er zu General Mangin, der zurzeit in Königstein weilt, zurückkehren, um ihm Bericht zu erstatten. Es wird immer offenbar, daß General Mangin die treibende Kraft in der rheinischen Loslösungsbewegung ist und daß er vor allem seine schützende Hand über Doret und seine Gefährten genommen hat. Wenn vom Niederrhein ebenso wie bisher aus Teilen Nassaus und des Mittelheins günstige Nachrichten hinsichtlich der sofortigen Durchführbarkeit der rheinischen Republik kommen, soll eine Zusammenkunft zwischen Clemenceau und Doret in Versailles stattfinden. Clemenceau soll auf die deutschen Unterhändler und Minister drücken, daß die Sperrfrist hinsichtlich der Abstimmung über die politische Gestaltung der rheinischen Lande fallen gelassen wird.

Der Nationalfeiertag der Schweiz.

Der 1. August, der größte nationale Feiertag der Schweiz, der die Erinnerung an den im Jahre 1921 geschlossenen Bund der Eidgenossen festhält, ist diesmal mit allen Zeichen seiner Bedeutung begangen worden. Das Schweizer Bürgertum hat am Nationalfeiertag gegen den gewaltigen Umsturz, der ihm von den Anhängern des Bolschewismus aufgedrängt werden soll, demonstriert. Auf dem Platz der deutschen Gesandtschaft in Bern wehte die schwarze-rot-goldene Fahne, das Symbol der jüngsten Republik. Das dieses Heil zum erstenmal in der Schweiz am Geburtstag des ältesten Republik gezeigt wird, soll ihm ein gutes Omen sein.

Die sozialistische Partei betont in einem Aufruf, daß sie die Aussöhnung der kämpfenden Proletarier in Basel und Zürich zu der ihrigen mache. Der Zürcher Regierungsrat bat um Entsendung von Truppen. In Zürich ist der Straßenbahnbetrieb eingestellt.

Amerika nimmt die Beziehungen auf.

Präsident Wilson sandte dem Senat kurz vor seiner Vertragung eine Botschaft, worin er ein Protokoll vorschlägt, nach dem die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder aufgenommen werden können, während die Frage der Genehmigung des Vertrages gründlich besprochen wird. Dieser Plan verfolge das Ziel, die Vereinigten Staaten aus der Verlegenheit zu befreien, die dadurch entsteht, daß sie sich noch im Kriege befinden, während der übrige Teil der Welt Friede geschlossen hat. Er hat auch den Zweck, die Lage in Europa, die noch Unsicht des Präsidenten gefährdet ist, zu festigen.

Der Negroaufruhr in Chicago.

Die Lage in Chicago wird als sehr ernst geschildert. Die Regierungen werden in ihren Stadtvierteln belagert, wo sie ohne Lebensmittel sind und sich verzweigt verteilen. Die Straßenkämpfe dauern fort. Es gibt Dutzende von Toten und Tausende von Verwundeten. Die Negrorevolte in Chicago ist viel schlimmer als die in Saint Louis im Jahre 1917 und die, die kürzlich in Washington stattfand. Man ergibt ferner von Regieren, die von der weißen Menge gehetzt, mit Bengeln übergriffen und verbrannt wurden. Als Gründe der Bewegung bezeichnet man die demütigende Behandlung der aus dem Kriege zurückkehrenden Schwarzen, dann eine „bolschewistische Propaganda“ unter den Regieren, die Gleichheit mit den Weißen versprechen, ferner Hegerer der Regierungspresso und endlich die während des Krieges erfolgte massenhafte Negereinvanderung aus den Südstaaten nach den Nordstaaten, wo die Regierungen den weißen Arbeitern in den Munitionsfabriken schwere Konkurrenz machen.

Bekündung des amerikanischen Eisenbahnerstreiks.

Ein sofort in Kraft tretender, sich über das ganze Land erstreckender Streik der Eisenbahn- und Ladenangestellten ist in Chicago verklündet worden. Ungefähr 100 000 Laden- und Eisenbahnanstellte in Chicago haben die Arbeit niedergelegt. Wilson erfuhr den Kongress, einen Ausschuß zu ernennen, der sich mit der Untersuchung der Forderungen aller Eisenbahnanstellten beschäftigen soll.

Polen genehmigt den Friedensvertrag.

Das polnische Parlament hat den Friedensvertrag mit Deutschland und den Vertrags, der den Minderheiten in Polen ihre Rechte verbürgt, mit 285 gegen 41 Stimmen genehmigt. — Für das Inkrafttreten des Friedensvertrages hat der obige Beschluss des polnischen Parlaments keine entscheidende Bedeutung, da dies von der Ratifikation durch drei Hauptmächte abhängig gemacht ist.

Der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze.

General Dupont ist zum Vorliegenden des verbündeten Ausschusses für die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze ernannt worden. Er soll mit seinem Stab in Graudenz Wohnung nehmen.

Nachruf Prinz Heinrich an König Georg.

Prinz Heinrich von Preußen richtet einen offenen Brief an den König von England. Er erinnert ihn an die schwere Mitschuld Englands und des Königs selbst an dem Ausbruch des Krieges und schlägt vor, die Schuld an Kriegs durch einen aus Neutralen gebildeten Gerichtshof in Madrid untersuchen zu lassen. Vor diesem Forum müßten sich dann aber auch die leitenden Staatsmänner der Entente stellen. Wegen der Schmach und Schande, die man jetzt Deutschland anzutun gedenke, werde es dermaßenfist Nachbarschaft von seinen Feindern fordern, mögen auch viele Jahre darüber hingehen.

Kronprinz Ruprecht stellt sich.

Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des ehemaligen Kronprinzen Ruprecht von Bayern an den Präsidenten des bayerischen Landtages. In ihm legt er Bewahrung dagegen ein, ein Gericht anzurufen zu müssen, in dem der Kläger zugleich der Richter sei. Aber er erklärt seine Bereitschaft, sich dem bayerischen Volke vor einem bayerischen Staatsgerichtshof zu stellen, weil ihm die Wahrung des wahren Selbstbestimmungsrechts und der damit verbundenen Souveränität des bayerischen Volkes am Herzen liege. Sollte er dagegen auf gegnerisches Verlangen hin ausgeliefert werden und den Landtag diesem Wunsche Rechnung tragen, so werde er sich diesem Bescheid folgen.

Die Entente verwaltet Danzig.

Der Oberste Rat der Entente hat beschlossen, daß Danzig vorübergehend von der Entente verwaltet werden soll. Die deutschen Truppen müssen aus Danzig zurückgezogen werden, und den polnischen Truppen ist es untersagt, Danzig zu betreten. Das Gebiet wird drei Übergrenzungsausschüssen übergeben.

Max Levien verhaftet.

Der Münchener Spartakistenführer Max Levien wurde am Brenner von italienischen Grenzpatrouillen verhaftet. Offenbar wollte er versuchen, über den Brenner nach Italien zu kommen. Was die Italiener mit Levien anfangen, ist noch nicht bekannt.

Trohender Landarbeiterstreik in Rheinhessen.

In Rheinhessen droht wegen Ablehnung von Lohnforderungen ein Erntestreik auszubrechen. Die Landarbeiter haben die Vermittlung des Kreisamtes

Uffenheim und des Schiedsgerichts in Worms angefordert.

Schweiz: Gegen den Bolschewismus.

Der nationale Komitee gegen den Bolschewismus hat der Bundeskanzlei ein Volksbogen, hren von etwa 114 000 Schweizer Bürgern eingereicht, in welchem verlangt wird, daß in der Bundesverfassung folgender Artikel neu aufgenommen wird: Der Bund hat die Pflicht, Schweizer Bürger, die die innere Sicherheit des Landes gefährden, unverzüglich in Schutz zu nehmen.

Rußland: Friedenspächter Wilson bei Lenin.

Die russische bolschewistische Presse veröffentlicht den Text eines Friedensvertragsentwurfes, den zwei Vertreter des Staatssekretärs Lansing, William Bullitt und Lincoln Steffens der Sowjetregierung unterbreiten, die sich bereit erklärt, ihn anzunehmen. Seitdem ist Bullitt abgereist, ohne daß die Räteregierung weiter gehörte. Die sechs wichtigsten Vertragspunkte lauten: 1. Alle Waffenstillstand sollte auf allen russischen Fronten geschlossen werden, während die Delegierten die folgenden Friedensbedingungen erörtern: 2. Die auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches gebildeten Regierungen sollen ihre Macht in den von ihnen besetzten Gebieten behalten, bis die Bewohner selbst über die von ihnen gewünschte Regierungsform entschieden haben. 3. Die Boden und die Russlands soll aufgehoben werden. 4. Alle Regierungen sollen ihren politischen Gegnern mit Einschluß der Soldaten vor und ganz Ukraine gewähren. 5. Die russischen Regierungen sollen die finanziellen Beziehungen des ehemaligen russischen Reichs anerkennen. 6. Freiheit des Wohlstands und des Verkehrs sollen allen Russen in der ganzen Ausdehnung des Gebietes zu stehen.

Ungarn: Bela Kun und Widerstand gegen die Entente.

Der Express-Korrespondenz aufzugeben hat Bela Kun nicht bloß die Aufforderung der Entente abgelehnt, die Macht freiwillig einer aus Sozialdemokraten und Bündigen gebildeten Regierung zu übergeben, sondern er verweist auch den Vorschlag, den ihm der Wiener Gesandte Böhm und der Vorsitzende des Arbeiterrats, Weltner, gemacht haben, zugunsten einer rein sozialistischen Regierung zurückzudrängen. Der Gesandte Böhm ist nach einer Unterredung mit dem englischen Oberstleutnant Cunningham nochmals zu einer Verhandlung mit Bela Kun nach dem Grenzort Bruck a. d. Leitha geschehen. Bissher aber ist Bela Kun fest geblieben. In einem Aufruf „An alle“ erklärt er, Sommertagen werde auf seine Befreiung von aristokratischen und kapitalistischen Ausbeutern nicht für ein Einigkeit verzichten.

Frankreich: Die Auflösung des französischen Hauptquartiers.

Das französische Große Hauptquartier wird an dem Tage, an welchem die Einstellung der Feindseligkeiten durch Dekret festgesetzt wird, aufgelöst werden. General Petain wird bekanntlich an diesem Tage zum Generalstabschef ernannt und der Oberste Kriegsrat, wie er vor dem Kriege bestand, wieder eingesetzt werden. Zu gleicher Zeit wird auch die Armee des Generals Gérard mit dem Hauptquartier Speyer und die südliche Armee Gouraud aufgelöst werden.

England: Streit der Kommunalangestellten.

Aus vielen Gegenden Englands kommen Nachrichten über neu ausgebrochene Streiks. Es wird behauptet, daß gegenwärtig im ganzen über 70 mehr oder weniger große Städte im Gange sind. In mehreren Städten, wie beispielsweise in Southampton und Ilford streiken sämtliche Kommunalangestellte; in Bristol droht das gleiche. In London wurde eine Versammlung abgehalten, an der etwa 20 000 Personen teilnahmen. Sie sah einen Beschluss, der erläutert, daß die Streiks und Ausschließungen unabdingt aufhören müssen.

Vereinigte Staaten: Heimreise der amerikanischen Truppen.

Der Kriegsminister Baker erklärt, daß die Demobilisation am 30. September beendet sein wird. Am 15. August wird General Pershing mit der ersten Abteilung der 1. amerikanischen Armee zurückgeschickt werden, mit Ausnahme der Truppen, die im besetzten Gebiet zurückbleiben. Es handelt sich hierbei nur um etwa 5000 Mann. Auch diese werden im Dezember in Amerika sein.

Japan: Eine Verständigung zwischen China und Japan.

Ein Mitglied der japanischen Gesandtschaft in Washington erklärt einem Vertreter der „Associated Press“, daß Japan bereit sei, China die Souveränität über Kiautschou wiederzugeben. Kiautschau sollte aber gemeinsam von den beiden ostasiatischen Mächten verwaltet werden. Japan werde dort eine Niederlassung errichten in der Art, wie sie in Schantung besteht. Ferner sei Japan bereit, seine Truppen aus Kiautschau unmittelbar zurückzuziehen; alles dies aber nur dann, sofern China den Friedensvertrag mit Deutschland und das japanisch-chinesische Sonderabkommen unterzeichnete.

Rußland: Bolschewistische Niederlage.

Nach einer Reutermeldung aus London hat die Armee Denfins einen großen Sieg errungen. Die wichtige Stadt Kamtschin an der Wolga, 110 Meilen nördlich von Tschita, wurde den Bolschewisten abgenommen. Der Angriff geschah am 25. Juli und ist vollständig abgeschlossen. Die Truppen Denfins haben 5000 Bolschewisten gefangen genommen. Nach einer amtlichen englischen Meldung hat Denfin auch Pjotrowa genommen und große Mengen Probiat und Kriegsmaterial erbeutet. — In der Nacht zu Mittwoch bombardierten acht englische Flugzeuge Kronestadt mit Sprengkörpern.

Ungarn: Sturz der Räteregierung.

Dem militärischen Zusammenbruch an der Westfront ist mit Rotwendigkeit auch der politische Zusammenbruch gefolgt. In der Freitag-Sitzung des Budapester Rätearbeitsausschusses ist der revolutionäre Rat der Räterepublik zurückgetreten. Die Regierungswalt wurde von einer aus den Vertretern der Gewerkschaften gebildeten rechtssozialistischen Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Julius Veldel übernommen. Die Regierung setzt sich aus folgenden Ministern zusammen: Ministerpräsident Julius Veldel; Minister des Innern: Karl Bauer; Kriegsminister: Joseph Haubrich; Minister des Neuherrn Peter Agoston; Unterrichtsminister: Alexander Garbol; Justizminister: Karl Garami; Landwirtschaftsminister: Joseph Miklus; Minister für Handel und Gewerbe: Anton Dobcsak; Ernährungsminister: Viktor Knoller. Die neue Regierung erklärt in einer Proklamation, daß sie als ihre erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Einleitung von Verhandlungen mit der Entente betrachtet. — Wie verlautet, haben die Rumänen auf Befehl der Entente ihren Vormarsch nach Budapest ein-

Rohlenersparnis — das Gehot der Stunde!

Die Rohlenknappheit, die für den Winter als drohendes Gespenst im Hintergrund steht, macht die Frage der Rohlenersparnis zu einer Lebensfrage für Deutschlands Zukunft. Das einzige, was uns aus dieser ungeheuren Gefahr retten kann, ist eine rationelle Ausnutzung unserer Rohlenvorräte, für die Professor Halbach in dem „Grenzboten“ eingehende Richtlinien aussieht. Die Benutzung der „weichen Kohle“, der Wärmekräfte, wird uns zwar einen wichtigen Erfolg für die durch Rohlen erzeugte Dampfstrafe bieten, kann aber nicht an Stelle der Wärmekräfte treten, sodah wir auch weiterhin in erster Linie auf die Kohle angewiesen sind. Der Verbrauch der Kohle auf den Kopf der Bevölkerung ist in den letzten Jahren vor dem Kriege außerordentlich gestiegen; während er 1906 im Durchschnitt 3 Tonnen betrug, war er 1913 auf 4½ Tonnen für den Kopf angewachsen, hatte also eine Steigerung von 50 v. H. erfahren. Sodann ist die wirkliche Ausnutzung bei der Verbesserung von Rohlen in der bisherigen Verwertung außerordentlich gering und beträgt nur 5 v. H. des Heizwertes. Um unsere Rohlenvorräte besser auszunutzen, müssen wir die Transportkosten möglichst herabsetzen und die Verbrennung der Kohlen so einrichten, daß ihr Heizwert besser ausgenutzt wird. Die Herabsetzung der Transportkosten ist nur möglich durch die Anlage großer Kraftzentralen und die stärkere Verwendung elektrischer Energien, wie dies in England geschieht, wo 16 große Kraftzentralen gebaut werden sollen, um die Versorgung mit Wärme und Kohlen zu vereinheitlichen. Um den Transport zu diesen Zentralen zu verbilligen, muß der Bau von Kanälen gefördert werden, die die Eisenbahnen entlasten. In den Vereinigten Staaten geht man sogar mit dem Plan um, die Kohleversorgung durch ein das ganze Land durchziehendes Rohrleitungssystem zu bewirken. Die zu Pulver

mahlene Kohle soll als ein Rohrnetz mit etwa 30 bis 40 v. H. Wasser durch Kreiselpumpen in Rohrleitungen gedrückt und so den Mittelpunkten des Rohlenverbrauchs angeführt werden. Wichtiger aber als diese Zukunftspläne sind die schon jetzt möglichen Verbesserungen in der Verwertung. Vor allem müssen die kostbaren Nebenprodukte bei der Verbesserung der Kohle besser ausgenutzt werden. Dazu, aber auch zur Rohlenersparnis, ist eine weitgehende Verbesserung notwendig. Man hat festgestellt, daß die gesamte industrielle Arbeit nach rationalen Grundsätzen mit einem Drittel des bisherigen Rohlenverbrauchs beschränkt werden könnte. Nur etwa 25 v. H. der Steinohlenverarbeitung wurden aber vor dem Krieg in Deutschland verlost, und Braunkohlen noch weniger. Trotz der 23 000 Quadratkilometer Torfmoore, die wir besitzen und deren Wärmekräfte für ein Jahrtausend ausreichen würden, bestand bisher nur ein einziges Städteamt für Torfverarbeitung. Für Nebenprodukte der Röderei wurden jährlich nur 200 Millionen Mark erzielt, während der Gewinn von einer Milliarde Mark möglich gewesen wäre. Deutschland kann durch die rationelle Verarbeitung der Kohle nicht nur Bengol und Teer, wichtige Mineralöle u. a. gewinnen, sondern auch dadurch seinen ganzen Bedarf an Schwefel selbst decken, wenn der in der Kohle enthaltene Schwefel richtig ausgenutzt wird. Eine ungeheure Verschwendungen wird bei der Herstellung von Braunkohlenbriketts getrieben, indem nämlich der Verlust für jede Tonne Bricks 9,85 Tonne Rohbraunkohle beträgt. Und diese Verschwendungen der Braunkohle wird gebündelt, obwohl unsere Braunkohlenfelder im günstigsten Falle noch eine Lebensdauer von 100 Jahren besitzen. Die Verbesserung der Kohle ist aber nur der Beginn einer rationellen Ausnutzung der Rohlkohle, und die Zukunft wird der Vergangenheit gehören, die in immer weiterem Umfang durchgeführt werden muß. So muß unsere ganze Heiztechnik allmählich auf Gase und flüssige Brennstoffe umgestellt werden. Doch lädt sich auch schon

bei den bisher üblichen Heizmaterialien mit leichter Mühe unentlich viel sparen. Man braucht sich nur die beständigen Schornsteine unserer Fabriken anzusehen, die ein lichtbares Zeugnis für die höchst unvollkommenen Verbrennungen der Kohle ablegen. Allein die Verbesserung der überwärme feststellenden Dampfkesselanlagen, die bisher nur in die Höhe oder in die Länge gesteckt wurde, könnte uns jährlich 12 Millionen Tonnen Kohle ersparen. Eine bessere und praktischere Gestaltung unserer ganzen Heiztechnik ist daher notwendig.

Sächsisches.

Dresden. Wie wir hören, plant die sächsische Eisenbahnverwaltung eine Erhöhung der Personenzugtarife um den Betrag des Eisenbahnbetriebes einigermaßen wieder auszugleichen.

Neue saure Gurken und Heidelbeeren

empfiehlt Ernst Mende, Markt

Fahrrad- Mäntel, Schlüssele, Ventilgummi, Gummilösung, Carbid, Nähmaschinen-Oel, Brennstoff für Feuerzeuge

empfiehlt

Benno Mittag am Markt.

Einbruch verhindert zuverlässig

Cerberus. — Schutz

für alle Türen, Fenster, Wände von Geschäften, Wohnungen, Kellerzäumen, Geländer, Räucherställe etc.

Vorführung bereitwilligt durch Georg Jankel, Greifberg, Fischeritz. 21.

Dasselbe kann eine Anlage besichtigt werden.

Vertreter

für den Bezirk Dippoldiswalde gesucht.

Berein der Weizerk-wasser- Interessenten.

Die Mitglieder des Vereins werden zu der am 15. August 1919 nachm. 1/24 Uhr im Bahnhof Schenf, Schmiedeberg stattfindenden

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Vereins,
2. Vorlegung des Rassenberichtes,
3. Aussprache über vorgunehmende Schritte zur Förderung des Baues der geplanten 3 weiteren Spitäler.
4. Neuwahl des Vorstandes.

DANK.

Zurückgelebt vom Grabe unseres viel zu früh dahingesehnten Gatten, Vaters, Bruders, Onkels und Schwagers

Hugo Heyne

drängt es uns, allen von Herzen zu danken, welche in so trüben Tagen unsern Schmerz zu trösten suchten und sein Geleit zur letzten Ruhestätte gaben. Es sind uns dermaßen viele Beileidsbekundungen in Wort, Schrift und herzlichem Blumenstrauß zugegangen, daß es nicht möglich ist, jedem einzeln zu danken, was hiermit an dieser Stelle geschieht. Besonderen Dank noch der Direktion des Eisenwerks sowie des Metallarbeiterverbandes nebst der gesamten Arbeiterschaft für reiches Beileid. Ferner sei dem Spar- und Schießverein Buschmühle sowie dem Männergesangverein „Eisenwerk“ für ihren letzten Sangesgruß am Grabe ihres Sangesbruders und Mitgliedlers herzlich gedankt. Ferner sei für das freiwillige Tragen und ehrende Worte am Grabe seines des Militärvereins noch gedankt, sowie allen Freunden, Nachbarn und Verwandten.

Schmiedeberg, Frauenstein, Dippoldiswalde, am Beigedenktag.

Die liebesträumernde Witwe Marie Heyne nebst Tochter Gertrud.

Geflügelzüchter-Verein Dippoldiswalde und Umgegend

Sonntag den 10. August nachmittags 3 Uhr

Generalversammlung

im Schützenhaus. — Wichtige Tagesordnung. Beschlussfassung über eine abzuhandelnde Geflügelausstellung, deshalb allzeitiges Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Oppelts Etablissement Höckendorf.

Mittwoch den 6. August großes

Militär-Konzert

der ehemaligen 177er.

Vollbesetztes Orchester. Gutgewähltes Programm.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 99 Pf. Untergang 8 Uhr.

Nach dem Konzert seiner Ball von der vollständigen Rapelle.

Dazu laden freundlich ein

R. Hänsel, Direktion. Emil Oppelt und Frau.

Schnitter

sucht für sofort bei hohem Lohn und guter Versorgung

Rittergut Reichstädt.

Auktion.

Mittwoch den 6. 8. vormittags 9 Uhr soll der Nachlass der verstorbenen Frau verm. Holzhäuser in der Wohnung, Gartenstraße 242 c, 3 Bettstellen, Federbett, Matratze, Kleiderschrank, Sofa, Kommode, Tisch, Nählisch, Waschtisch, Wanne, Regulator, Nähmaschinentritt, Stühle, Geschirr und anderes Hausrat meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Dippoldiswalde, den 4. August 1919.

W. Möschel, Notarrichter.

Billige Schirme

von 28-30
in guter
Zaum-
mölle

owie billige Segel zu Schirmen empfohlen

Carl Reichel, Schirmsfabrik, a. Markt

Die diesjährige Obstnützung

der Gemeinde Hirschbach an der Bezirkstraße soll an den meistbietenden vergeben werden. Gebote sind bis 10. August bei der hiesigen Ortsbehörde einzureichen.

Der Gemeindevorstand.

Eine Frau oder ein junges Mädchen Aufwartung als

für 3 Vormittage in der Woche

Jugend Frau Michael,

Reichstädt. Sr. 19 L.

Ein besseres Mädchen als Stütze

vom 1. September

Pension Dietrichs,

Bärenfel.

Jüngeres

Hausmädchen

wird zu 1. September geschafft.

Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Rohlenersparnis

das Gehot der Stunde!

Die Rohlenersparnis, die für den Winter als drohendes Gespenst im Hintergrund steht, macht die Frage der Rohlenersparnis zu einer Lebensfrage für Deutschlands Zukunft. Das einzige, was uns aus dieser ungeheuren Gefahr retten kann, ist eine rationelle Ausnutzung unserer Rohlenvorräte, für die Professor Halbach in dem „Grenzboten“ eingehende Richtlinien aussieht. Die Benutzung der „weichen Kohle“, der Wärmekräfte, wird uns zwar einen wichtigen Erfolg für die durch Rohlen erzeugte Dampfstrafe bieten, kann aber nicht an Stelle der Wärmekräfte treten, sodah wir auch weiterhin in erster Linie auf die Kohle angewiesen sind. Der Verbrauch der Kohle auf den Kopf der Bevölkerung ist in den letzten Jahren vor dem Kriege außerordentlich gestiegen; während er 1906 im Durchschnitt 3 Tonnen betrug, war er 1913 auf 4½ Tonnen für den Kopf angewachsen, hatte also eine Steigerung von 50 v. H. erfahren. Sodann ist die wirkliche Ausnutzung bei der Verbesserung von Rohlen in der bisherigen Verwertung außerordentlich gering und beträgt nur 5 v. H. des Heizwertes. Um unsere Rohlenvorräte besser auszunutzen, müssen wir die Transportkosten möglichst herabsetzen und die Verbrennung der Kohlen so einrichten, daß ihr Heizwert besser ausgenutzt wird. Die Herabsetzung der Transportkosten ist nur möglich durch die Anlage großer Kraftzentralen und die stärkere Verwendung elektrischer Energien, wie dies in England geschieht, wo 16 große Kraftzentralen gebaut werden sollen, um die Versorgung mit Wärme und Kohlen zu vereinheitlichen. Um den Transport zu diesen Zentralen zu verbilligen, muß der Bau von Kanälen gefördert werden, die die Eisenbahnen entlasten. In den Vereinigten Staaten geht man sogar mit dem Plan um, die Kohleversorgung durch ein das ganze Land durchziehendes Rohrleitungssystem zu bewirken. Die zu Pulver

Jünger, leichter
Schmiedegeselle
sobald gefunden. Otto Duek,
Reinhardsgrimma.

Eine Dame sucht
verloren auf
dem Wege von der Wasser-
gasse bis Baugeschäft Arthur
Nitsche. Gegen Belohnung
abzugeben Polizeiwache.

Tüchtige
Vertreter
für chem., techn. und soz. Betriebe.
Kleider für dortigen Bezirk
sobald gefunden. ev. Alleinvertret.
Off. unter Angabe der ev.
bereits vertr. Firmen und D.
G. 7253 an Rudolf Wölke,
Dresden, erbeten.

Junger
Mann
als 2. Hausdiener für sofort
gefunden.
Berghotel Friedrichshöhe,
Oberbärenburg.

Hausmädchen
sucht zum 1. September oder
später und erbittet Bewerbung
mit Zeugnis Frau Kommerzienrat Rüger,
Dresden.

Ein Gut
von 52 Acre ist auf ein kleines
von 8 bis 25 Acre zu
vertauschen.
Öfferten unter G. T. post-
lagernd Reinhardsgrimma
erbeten.

Luftdrohne
Hirscherne
faul zu höchsten Preisen
Kurt Schurig,
Baumschule und Landwirtschafts-
gärtner, Seiffenb. Dippoldis-
walde, Wohnung Walter.

Harnnetze, Stirn- u.
Haubennetze, nur
gute Ware, Ver-
bands-Watte und
Mußbinden, Dam-
en-Binden mit Gartel.

Sämtliche Druden, Seifen,
Parfüm, Zahnpasta, Zahnbürsten,
Bartrémie, Haaröl,
Loch- und Senfpflaster, Hühneraugenpflaster,
Bart-
binden und Bartbürsten, Haarnadeln, Champoo.

Adolf Linke,
Friseur,
Großölsa.

Seefiern Paulsdorf.
Mittwoch, 6. August

Monats-
versammlung
1/2 Uhr im „Seebild“.

Um das Erscheinen aller
Mitglieder bitte D. B.
Gut möbliertes

Zimmer
mit Schlafrabbinett an ruhigen
Stern zu vermieten. Näheres
in der Geschäftsstelle d. B.

Raute
Schlacht-
pferde

B. Lieber,
Rohschäferei
Dippoldiswalde, Greifberger
Straße 237, Telefon 97.
Bin bereit, bei Kranken
Pferden zu wachen.

Bei Notfallschlägungen bin ich
mit Transportwagen schnell
zu Stelle.

Empfehle mich als
Pferdeschreiter.

Schlacht-
pferde

kauft

Hermann Schäfer. Tel. 80.

Im Rathaus sofort zur Stelle.

Rathaus vorhanden.